

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
„Tageblatt“, Riesa;

Amtsblatt

Berzshprechstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 223.

Donnerstag, 24. September 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla oder durch unsere Kräger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rastantenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt Riesa.

Auf Fol. 3 des Genossenschaftsregisters, den **Vandwirthschaftlichen Konsumverein zu Prausitz eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung** betreffend, ist heute Folgendes verlaublich worden:

Die von dem Aufsichtsrathe ausgehenden Bekanntmachungen werden unter Benennung desselben von dem Vorsitzenden unterzeichnet.

Die Willensklärung und Zeichnung für die Genossenschaft muß durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgen, wenn sie Dritten gegenüber Rechtsverbindlichkeit haben soll. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

Riesa, am 22. September 1896.

Königliches Amtsgericht.
Seldner.

Brehm.

Das unterzeichnete Amtsgericht hat heute auf Fol. 164 des Handelsregisters für seinen Bezirk, die Firma

Emil Pönitz in Strehla

betreffend, verlaublich, daß

Frau Wilhelmine Louise verehel. Pönitz geb. Voigt in Strehla

Inhaberin der Firma ist.

Riesa, den 22. September 1896.

Königliches Amtsgericht.
Seldner.

Brehm.

Zur türkischen Frage

Bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen wie es scheint halbamtlich beeinflussten Leitartikel, der sich gegen die in Deutschland betriebene Agitation zu Gunsten der bedrängten Armenier wendet. „Alle Staatsmänner Europas — sagt das Blatt — sind darin einig, daß irgend welche Maßnahmen bei der Pfortenregierung nur dann Erfolg haben, wenn sie gemeinsam von allen Großmächten ausgesprochen werden. Offenbar machen sich also um den Schutz der Christen in der Türkei diejenigen Mächte am meisten verdient, welche sich bemühen, die Einmütigkeit im Vorgehen der Diplomatie aufrecht zu halten. In dieser Hinsicht ist die deutsche Reichsregierung mit Erfolg allen Pflichten nachgekommen, welche ihr durch Rücksichten der Menschlichkeit auferlegt waren.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ fragt dann weiter:

Wozu also weiter drängen? Was will man? Einen gewaltthätigen Eingriff in die Souveränitätsrechte des Sultans? Auch wenn es nicht von leitenden Staatsmännern verschiedener Reichse ausgedrückt worden wäre, müßte es jedem unbefangenen Nachdenkenden sofort klar sein, daß jeder einseitige Versuch einer Macht, sich auf Kosten des Sultans Herrschaftsrechte in der Türkei anzueignen, nicht bloß bei der unmittelbar angegriffenen Pfortenregierung, sondern auch bei anderen Mächten, welche an der Erhaltung des status quo ein Interesse haben, auf Widerstand stoßen würde. In England ist im Laufe der letzten acht Tage wohl tausend Mal wiederholt worden, daß eine gewaltthätige Intervention der Briten ein Kriegserklärung von Seiten Englands provozieren würde. Was verlangen denn nun eigentlich die Armenier, welche vom Deutschen Reich? Daß es den Krieg, dem Großbritannien ausweicht, auf sich herbeiziehe? Und dies ganz allein aus dem Grunde, weil ein solches unüberlegtes Verhalten den Verlust eines Theiles der Armenier und vielleicht eines noch größeren Theiles der Engländer fände? Der hier berührte Vorwand ist zu abstrus, um ernsthaft diskutiert zu werden. Seine unüberlegliche Sinnlosigkeit erhält aber erst dann die rechte Bedeutung, wenn man bedenkt, daß es eine Lösung der armenischen Frage in dem Sinne, wie die armenischen Aufständischen sie allein wollen, überhaupt nicht giebt.

Es wird dann weiter ausgeführt, daß die Armenier Kleinasiens ein aber sehr große Distrikte gesittetes Völkchen sind. Gerade in Kleinasien aber sei die Türkei unerbittlich und grausam in der Unterdrückung von Aufstandsversuchen. „Denn Kleinasien — das wissen die Türken längst — ist das Land, in das sie sich zuletzt, wenn die europäischen Provinzen dem osmanischen Reich verloren gehen sollten, allein noch zurückziehen können. Hier wollen sie unter jeder Bedingung Herr sein.“

Weit schärfer noch fassen die „Damb. Nachr.“ die Frage an. Sie verlangen, daß eine internationale Untersuchungskommission zu dem Zwecke eingesetzt würde, die eigentlichen Urheber der Gewalt zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Der weitere Verlauf der Dinge hat nur in der Annahme bestanden können, daß die Schuld sehr viel weniger auf türkischer, als auf armenisch-englischer Seite liege und daß die von London aus geleiteten Umtriebe eine erheblich größere Gefahr für die gesamte christliche Bevölkerung des osmanischen Reiches und für die Erhaltung des Friedens bilden, als die Säumnigkeit der Pforte bezüglich der Reformen und die türkische Bedrückung der Armenier.

Wie aus amtlicher türkischer Quelle verlautet, enthalten die Darstellungen englischer Blätter, als ob die Armenier oder gar alle Christen in der Türkei in naher Zukunft einen Ueberfall von Seiten der Mohammedaner zu gewärtigen hätten, jeder Begründung und gelten hier als böswillige Ausstreunungen. Ebenso unbegründet seien die Behauptungen englischer Blätter, daß die aus der Hauptstadt in ihre Heimath gesandten Armenier in Massen ermordet, und daß die verhafteten Armenier von den Polizeiposten systematisch mißhandelt worden seien. Die Pforte erhielt die

Nachricht, daß die im Auslande befindlichen Armenier für den 30. September neue Anschläge planen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die weisfällische Provinzialsynode hat folgenden Beschluß gegen den Zweikampf gefaßt:

„Die Provinzialsynode spricht auf Wunsch des göttlichen Wortes und in Uebereinstimmung mit der Kirche aller Zeiten die schärfste Mißbilligung über das Duellwesen aus. Provinzialsynode wolle bei der nächsten Generalynode den Antrag stellen, daß hinsichtlich des kirchlichen Disziplinavorgehens gegen das Duellwesen in dem demnächst zu erwartenden, alles umfassenden Kirchenzuchtgesetze die erforderlichen Bestimmungen getroffen werden. Provinzialsynode spricht die bestimmte Erwartung aus, daß sein Vortag und sein Presbyterium einem im Duell gefallenen und unbußfertig gebliebenen Kirchenmitgliede ein Begräbniß mit kirchlichen Ehren gewähren werde.“

Wenigere Blätter hatten gemeldet, Geheimrath Kirchenrath Professor Dr. Friede habe in Dessau auf der Hauptversammlung des Kathol.-Kath.-Bereins gesagt, König Humbert von Italien sei Protestant; „man dürfe es nur nicht sagen“. Die ultramontane „Köln. Volksztg.“ hat diese angebliche Äußerung benützt, sich von protestantisch-kirchlicher Seite den Uebertret des Königs von Italien bestätigen zu lassen, um dadurch König Humbert bei seinen katholischen Unterthanen zu verächtlichen. Die „Kreuzztg.“ hat die Gelegenheit ergriffen, Professor Dr. Friede der Lasklosigkeit zu beschuldigen. Der ganzen Polemik wird der Boden entzogen durch die dem „Veipziger Tageblatt“ zugehende Mittheilung des Herrn Professor Dr. Friede, daß er in Dessau „selbstverständlich nur gesagt und gemeint habe, König Humbert sei in seiner Gesinnung und Haltung Protestant“.

Eine Meldung, daß die bayerische Regierung Erhebungen über die Frage, ob die Abiturienten von Realgymnasien zum medicinischen Studium zugelassen seien, veranlassen habe, beschäftigt sich in dieser Form nicht. Zutreffend ist daran nur, daß gelegentlich der Aufforderung zur Begutachtung des Entwurfs einer neuen medicinischen Prüfungsordnung für das Reich die medicinischen Facultäten und Kerkzestammern B. v. r. n. s. auch zur Beantwortung der Frage veranlaßt sind, ob den Realgymnasialabiturienten die Zulassung zum medicinischen Studium und zu den ärztlichen Prüfungen zu gestatten sei. Von allgemeiner Bedeutung ist dabei der Zusatz, daß nach Ansicht der bayerischen Regierung diese Frage möglicherweise im Bundesrathe bei Beratung der neuen Prüfungsordnung mit zur Sprache kommen könnte.

Die bayerische Konvertirung scheint gelungen zu sein. Von den bayerischen Staatsanleihen im Gesamtbetrage von 1100 Millionen Mark, die zur Umwandlung standen, sind nur 67 100 M. gekündigt worden. Natürlich wird der Finanzminister alsbald den Inhabern der zur Kündigung angemeldeten und mit dem amtlichen Vermerte versehenen Obligationen mittels einer demnächst erscheinenden Bekanntmachung kündigen und jene 67 100 M. nebst Zins bis zum 1. November 1896 bar auszahlen lassen. Der Umtausch aller übrigen 4 v. H. Obligationen in 3 1/2 v. H. erfolgt später an denjenigen Terminen, welche noch besonders bekannt gegeben werden. Die Besitzer solcher Obligationen haben vorläufig nichts zu thun und insbesondere jede Einfindung derselben zu unterlassen.

Frankreich. Am Abend der Ankunft des Jahrespaars werden überall in Paris Feiern abgehalten und eine allgemeine Beleuchtung stattfinden. Die Truppenkammer im Lager von Chalons wird, wie amtlich entschieden ist, am letzten Tage des Aufenthalts des Kaiserpaars stattfinden. Der Kriegsminister und die Generale Sauffier, Boisdeffre und Herbet sind gestern in Chalons eingetroffen, um die nöthigen Anordnungen festzustellen.

Spanien. Die Beschönigungsversuche der Regierung, welche den Aufstand auf den Philippinen als unbedeutend, fast schon unterdrückt darstellen, wollen nicht mehr verfangen. Endlich sind dem Publikum auch andere als amtliche Berichte zugänglich geworden, nachdem der Dampfer „Sunliang“ am 19. September in Hongkong eingetroffen ist. Die Zeitungen von Manila enthalten nichts anderes als die spärlichen, rosig gefärbten amtlichen Mittheilungen, aber wenn man Privatbriefe zur Hand nimmt, erhält man ein anderes Bild. Man muß dabei nie vergessen, daß die Schreiber durchaus von glühender Vaterlandsliebe besessene Spanier sind. Hiernach hätten die Eingeborenen (also nicht etwa bloß die Mischlinge, wie man anfänglich annahm!) eine weit ausgebreitete Verschwörung gebildet. Sie wollten die Wache des Regierungsgebäudes überfallen und den Gouverneur ermorden. Vor 14 Tagen erhielt der Gouverneur genaue Nachricht vom Plan der Verschworenen. Eine Frau, die durch Bande der Verwandtschaft mit einem der Hauptrebellten verknüpft war, enthielt Alles im Beichtstuhl einem Mönch, und dieser, nachdem er Erlaubniß eingeholt hatte, theilte es der Behörde mit. Die Verhaftungen belaufen sich auf viele Hunderte. In unmittelbarer Nähe von Manila haben acht bis zehn Kämpfe stattgefunden. Man kann die Zahl der bewaffneten Aufständischen nicht bestimmen, aber es sind sehr viel. — In Cavite stürmte ein großer Haufen von Eingeborenen, mit Messern bewaffnet, das Mönchskloster und tödtete verschiedene Mönche. Der Ort wurde von drei Kanonenbooten bombardirt, aber die Kugeln richteten keinen Schaden an, da die Schiffe sich des seichten Wassers wegen nicht nähern konnten. Ausländer sind bis jetzt von den Empörern nicht belästigt worden. Man geht mit furchtbarer Strenge gegen sie vor. Hundert waren in einen Thurm eingesperrt worden; als man am nächsten Morgen nach ihnen sah, waren 51 erschossen! Im Innern der Insel Luzon wächst der Aufstand und gewinnt an Ausdehnung, wobei besonders gegen die Geistlichen vorgegangen wird, von denen Manche in den Dörfern ermordet wurden. Man glaubt, daß auch eingeborene Truppen gemuntert haben, denn man weiß, daß ein Offizier von seinen Soldaten umgebracht wurde. Das Kloster von Cavite befindet sich noch immer in den Händen der Aufständischen. Die Regierung hat auch viele Chinesen als verdächtig eingezogen, deshalb verlassen zahlreiche Landknechte derselben die Inseln. Unter den kriegsbereit erstochenen zwölf Personen befinden sich hochangesehenen Leute; zwei reiche Besizer, deren Vermögen auf 2 Millionen Pesos (= 8 Millionen Mark) geschätzt wird, ein Arzt, ein Kaufmann, ein Schullehrer, ein Schneider u. s. w. Uebrigens ist der Umstand, daß die Aufständischen Gewehre älterer Konstruktion besitzen, ein Beweis, daß sie von keinem fremden Lande, auch von Japan nicht, unterstützt werden, aber auch so wird die Empörung Spanien genug zu schaffen machen.

Derthliches und Sächsisches.

Riesa, 24. September 1896.

— Nächsten Sonntag, den 27. September findet nach Verordnung des evangelisch-lutherischen Landesconsistoriums in allen ev.-luther. Kirchen des Landes eine Collete für den Kirchenneubau im nahen Lichtensee statt. Der Neubau der Kirche erweist sich als dringend notwendig, da der Zustand derselben amtlich als bedenklich, der Erfolg einer Reparatur aber als sehr fraglich bezeichnet wird. Die neue Kirche soll in allereinfachster Gestalt errichtet werden, aber der Bau wird nach dem Voranschlage immerhin 31 000 M. kosten, eine Summe, die für die kleine und arme Gemeinde unaufbringlich ist. Der Ort Lichtensee zählt 500 evangelische Einwohner, darunter nur 146, die zur Staatseinkommen-